

3690/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Bgdr Jung und Kollegen haben am 26. Februar 1998 unter der Nr. 3759/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "MINURSO" gerichtet. Diese aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigezeichnete Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung hat am 10. Februar 1998, also noch vor Einbringung der gegenständlichen Anfrage, den Beschluß gefaßt, eine Infanterieeinheit des Bundesheeres zum Einsatz der Vereinten Nationen in der Westsahara, MINURSO, zu entsenden. Der Einsatz dient der Durchführung eines Referendums, das auf Grundlage eines von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen Friedensplans in der Westsahara abgehalten werden soll. Entgegen der Behauptung der Anfragesteller, über die Finanzierung dieses Einsatzes bestünde keine Einigung, ist festzuhalten, daß diesbezüglich im Ministerratsbeschluß eine klare Aussage getroffen wurde. Demnach werden die Mehrkosten aus diesem Einsatz dem Bundesministerium für Landesverteidigung refundiert werden. Der Hauptausschuß des Nationalrates hat diesem Beschluß in seiner Sitzung am 10. März 1998 die gemäß KSE - BVG erforderliche Zustimmung erteilt.

Im einzelnen beantworte ich die vorliegende Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Das Kontingent des Bundesheeres wird eine Infanterieeinheit von bis zu 225 Mann und ein Hauptquartiersselement von bis zu zehn Mann, die für maximal acht Monate entsendet werden, umfassen. Höchstens ein Monat vor der Entsendung der Infanterieeinheit und bis höchstens einen Monat nach ihrer Rückkehr werden jeweils bis zu 30 Angehörige des Bundesheeres (insbesondere Pioniere) für die Auf - bzw. Abbauphase der Operation eingesetzt. Es ist geplant, einen Zug der aus drei Zügen bestehenden Kompanie mit Mannschaftstransportpanzern/UN auszurüsten.

Zu 2 und 3:

Die Kosten des Einsatzes wurden auf bis zu 127 Millionen Schilling geschätzt. Es ist davon auszugehen, daß die Vereinten Nationen etwa 40 % der Kosten refundieren werden.

Wie schon einleitend erwähnt, sollen dem Bundesministerium für Landesverteidigung die Mehrkosten aus diesem Einsatz abgegolten werden. Die Bundesregierung hat mittlerweile dem Nationalrat eine Regierungsvorlage (BFG - Novelle 1998) zugeleitet, die die Bereitstellung der erforderlichen Budgetmittel sicherstellen soll (1096 d.B XX. GP).

Zu 4:

Im Hinblick auf meine vorstehenden Ausführungen erübrigt sich eine Beantwortung.